



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 10/2013 Kiel, 30. Januar 2013

Finanzpolitik

Auswirkungen der GEZ-Neuregelung – Kleine Anfrage der FDP-Ratsfraktion

Die Neuregelung der Rundfunkgebühren hat bei vielen Kommunen aufgrund der zum Teil erheblichen Kostensteigerungen Proteste ausgelöst. So müsse beispielsweise die Stadt Duisburg dem Vernehmen nach künftig doppelt so viel Rundfunkbeitrag zahlen wie bisher. In Einzelfällen sei sogar mit Kostensteigerungen um den Faktor 13 zu rechnen. Die Stadt Köln zahle daher – Pressebereichen zufolge – „bis auf Weiteres“ keine Rundfunkgebühr mehr.

Diese Problematik greift das bürgerliche Mitglied der FDP- Ratsfraktion im Finanzausschuss, Ralf Meinke, durch eine Kleine Anfrage auf, in der er folgende Informationen von der Verwaltung erhalten will:

- In welcher Höhe musste die Landeshauptstadt Kiel bislang Rundfunkgebühren zahlen und wie hoch sind diese Gebühren nach der Neuregelung?
- Welchen bürokratischen Mehraufwand erwartet die Verwaltung durch die Umsetzung des neuen Systems und den damit einhergehenden Neuberechnungen?
- Erwägt die Verwaltung, gegen die Neuregelung der Rundfunkgebühr vorzugehen? Wenn ja, in welcher Weise? Wenn nein, warum nicht?

„Im Gegensatz zu den Privathaushalten, bei denen das Grundsatzprinzip *Eine Wohnung, ein Beitrag* gilt, werden Kommunen anders bewertet. Hier ist die Zahl der der Beschäftigten, der Betriebsstätten und der betrieblich genutzten Fahrzeuge ausschlaggebend. Die Berechnung macht daher eine aufwändige Bestandsaufnahme notwendig. Zu der Gebührenerhöhung kommt daher noch der bürokratische Aufwand. Die sich dadurch ergebende finanzpolitische Relevanz wird durch die ohnehin desolate Haushaltssituation Kiels noch verschärft“, so Meinke abschließend.

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer

Anlage
Kleine Anfrage